

Feinstaub: EU plant schärfere Richtlinie

Neuer Grenzwert für kleinere Partikel – Viele Städte überschreiten Vorgaben

Man sieht ihn nicht – aber er ist überall: Feinstaub. Schon in 15 Jahren, prognostiziert die Europäische Union, wird es fast 300 000 vorzeitige Todesfälle als Folge des Feinstaubs geben. Deshalb plant die EU ab 2010 die Einführung eines neuen Grenzwertes für extrem kleine Partikel. Doch schon jetzt können viele deutsche Städte die geltende EU-Vorgabe nicht einhalten.

■ Von unserem
Brüsseler Korrespondenten
Norbert Robers

BRÜSSEL. Mit dem europäischen Gesetz kam die Hysterie: Aufgeschreckte Politiker forderten Straßensperrungen, Autoverbände mahnten den sofortigen Einbau von Rußpartikelfiltern in alle Dieselaautos an, Umweltaktivisten sprachen sich für Sonntagsfahrverbote aus: Als die Feinstaub-Richtlinie am 1. Januar 2005 europaweit in Kraft trat, war Deutschland von einem Tag auf den anderen ein Land der Partikel-Experten.

Der Pulverdampf ist mittlerweile verraucht. Tatsache ist, dass von Flensburg bis Garmisch der von Brüssel vorgeschriebene Höchstwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft weit häufiger als an 35 Tagen pro Jahr überschritten wird – die Öffentlichkeit nimmt es mit einem



Tempolimit wegen Feinstaub: In vielen Innenstädten soll durch diese Maßnahme die Partikel-Konzentration sinken.■ Foto: ddp

kleiner als zehn Mikrometer (PM 10) sind, soll es nach dem Willen der Behörde ab 2010 auch eine Konzentrationsobergrenze für Staub-Teilchen geben, die 2,5 Mikrometer (PM 2,5) und kleiner sind – ein Mikrometer entspricht einem Tausendstel Millimeter. Zur Begründung führen die Kommissions-Experten unter anderem an, dass die gefährlichen PM 2,5-Partikel die statistische Lebenserwartung eines jeden Europäers um rund acht Monate verkürzen. Für das Jahr 2020 prognostizieren viele Fachleute 272 000 vor-

stieg auf neue Grenzwerte, PM 2,5 statt PM 10, sollte nur dann erfolgen, wenn gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen", meint David Groneberg, Professor für Lungenheilkunde an der Medizinischen Hochschule Hannover. „Dies ist momentan nicht der Fall.“

Zielwerte statt Grenzwerte

Die verantwortlichen Europaparlamentarier beteuern, dass sie die alten Fehler nicht wiederholen wollen: Der zuständige FDP-Berichterstatter Holger Kraemer und die CSU-

schritten wird – die Öffentlichkeit nimmt es mit einem Achselzucken zur Kenntnis, die EU tut überrascht und genehmigt eine Fristverlängerung nach der nächsten.

Lebenserwartung sinkt

Mit der öffentlichen Ruhe wird es bald ein Ende haben. Die EU-Kommission hat einen neuen Richtlinienvorschlag zur Verbesserung der Luftqualität im Köcher, der spätestens mit der bevorstehenden Debatte im Europaparlament für Furore sorgen wird. Denn ging es bislang nur um Grenzwerte für Partikel, die

das Jahr 2020 prognostizieren viele Fachleute 272 000 vorzeitige Todesfälle als Folge der Luftverunreinigung mit PM 2,5-Staub.

Eines der großen Probleme besteht darin, dass es viele unterschiedliche Studien gibt. Zudem steckt den europäischen Beamten, vielen Diplomaten und Parlamentariern die vor einem Jahr grassierende PM 10-Panik noch allzu sehr in den Gliedern, als dass sie sich nur ein Jahr später an eine PM 2,5-Richtlinie wagen würden, was einer Verschärfung durch die Hintertür gleichkommt. „Ein Um-

ständige FDP-Berichterstatter Holger Kraemer und die CSU-Umweltpolitikerin Anja Weisgerber plädieren beispielsweise beide dafür, auf den von der Kommission vorgesehenen verpflichtenden Grenzwert für PM 2,5 von 25 Mikrogramm je Kubikmeter Luft zu verzichten und stattdessen Zielwerte festzuschreiben. Der erhoffte Vorteil: Die EU-Staaten sollen den Ehrgeiz entwickeln, sich nah an das Optimum heranzuarbeiten – einen öffentlich ausgetragenen Streit über das Scheitern der Richtlinie und über mögliche Sanktionen will man dagegen vermeiden.

Wie die beiden Politiker hält auch Lungenarzt David Groneberg wenig davon, eine Zahl von Tagen – wie beispielsweise 35 im Falle von PM 10 – festzulegen, an denen die Werte überschritten werden dürfen. Grund: Ein Ort, an dem 36 Mal minimale Überschreitungen festgestellt werden, ist nach dieser Logik gesundheitsschädlicher als ein Ort, an dem beispielsweise 200 Mal die Werte knapp unterschritten werden. Groneberg: „Es ist wesentlich sinnvoller, ambitionierte Jahreswerte einzuführen.“

Im Detail

Plaketten sollen Fahrverbote regeln

Im Kampf gegen die Feinstaubbelastung sollen Fahrverbote künftig mit Schadstoffplaketten an Autos überwacht werden. Nach einem Beschluss des Bundeskabinetts soll sich die Kennzeichnung an den europäischen Schadstoffgruppen Euro 2 bis Euro 4 bei Pkw sowie Euro II bis V bei Lkw und Bussen orientieren. Durch Nachrüstung von Dieselmotoren, die mitverantwortlich für hohe Feinstaubbelastungen sind, kann eine Eingruppierung in eine bessere Schadstoffgruppe erreicht werden. Der Erwerb der Plakette ist jedoch keine Pflicht. Autofahrer müssen aber damit rechnen, dass sie auch dann von Fahrverboten betroffen sind, wenn ihre Schadstoffklasse eigentlich ausgenommen ist.

RZ-Ausgabe AN vom 01.06.2006, Seite 02 